

**ANFRAGE** von Bettina Volland (SP, Zürich), Michel Baumgartner (FDP, Rafz) und Lucius Dürri (CVP, Zürich)

betreffend Haltung der Zürcher Regierung zur Volksinitiative "Jugend ohne Drogen"

---

Die aus VPM-Kreisen unterstützte Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" kommt im September zur Abstimmung. Ihre Annahme würde die Drogenpolitik auf den Stand der Fünfzigerjahre zurückwerfen und die bewährte 4-Säulen-Politik (Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression) abrupt beenden. Überlebenshilfe an Drogenkranke wie Methadon- oder Heroinabgabe und Angebote zur Verhütung von Aids wie die Spritzenabgabe müssten verschwinden. Die Folgen wären verheerend: Die Verelendung und Marginalisierung der Süchtigen und HIV-Infektionen würden wieder zunehmen. Profiteurin wäre einzig und allein die Drogenmafia. In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Teilt die Regierung die obige Einschätzung der Initiative "Jugend ohne Drogen" auf die heute praktizierte 4-Säulen-Politik im Drogenbereich?
2. Welche Folgen hätte eine Annahme der Initiative auf die Drogenpolitik im Kanton Zürich? Wieviele Methadon- und Heroinbezüger- und Bezügerinnen würden ohne Anschlussprogramm auf der Strasse stehen? Um wieviel höher würden nach Schätzungen der Regierung die Repressions- und Gesundheitskosten ausfallen? Wie schätzt die Regierung die Gefahr der Bildung einer neuen Drehscheibe des Drogenhandels à la Letten oder Platzspitz ein? Müsste für die geforderte härtere Repression das Korps der Kantonspolizei aufgestockt werden? Wieviel würde das kosten?
3. In welcher Form ist die Regierung bereit, sich gegen die Initiative zu engagieren?

Bettina Volland  
Michel Baumgartner  
Lucius Dürri